

Egal wer, egal wohin – Gegen jede Abschiebung

#afghanistannotsafe

Wieder findet einer der monatlichen Abschiebeflüge nach Afghanistan statt, und wieder sind wir hier, um gegen die rassistische Politik gegen Geflüchtete zu protestieren. Diese Politik hat viele Facetten – Politiker*innen und die Gesellschaft ignorieren größtenteils, dass Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrinken. Anstatt Menschen zu schützen, versucht Europa sich abzuschotten und remilitarisiert die Außengrenzen. Überall auf Ihrer Flucht begegnen Menschen die Gewalt des europäischen Grenzregimes. Viele Geflüchtete leiden in den Hot-Spots in der Ägäis oder unter den grausamen Bedingungen in den libyschen Lagern, für die Europa eine große Mitverantwortung trägt

Unser heutiger Protest richtet sich auch ganz konkret gegen die deutsche Asylpolitik, die sich in den letzten Jahren durch die Kasernierung von Menschen in Sammellagern, weitreichender Entrechtung Schutzsuchenden und die massive Zunahme von Abschiebungen durch deutsche Behörden und Polizist*innen auszeichnet.

Die monatlichen Sammelabschiebungen nach Afghanistan zeigen das menschenverachtende Gesicht deutscher Flüchtlingspolitik überdeutlich: Menschen, die in Deutschland Schutz gesucht haben, schickt Deutschland zwangsweise in ein Land zurück, das von Krieg, Terror, Verfolgung und Kriminalität gezeichnet und zerrissen ist. In ein Land, in dem sich die Lebenssituation für alle Menschen dort kontinuierlich verschlechtert und die Sicherheitslage sich seit Jahren verschärft. Mehrere Berichte der UN dokumentieren die Gefährdungslage und sie stufen Afghanistan als Krisen- bzw. Kriegsland ein. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 10.000 Zivilist*innen durch die kriegerischen Auseinandersetzungen getötet oder verletzt und die Zahl der Opfer von Terroranschlägen hat einen neuen Höchststand erreicht. Auch in Kabul, wohin die deutsche Regierung heute wieder Menschen abschiebt. Die Situation in Afghanistan ist seit Jahren lebensgefährlich. Dennoch schiebt die Bundesregierung und auch viele Landesregierungen seit 2016 Menschen dorthin ab. Und Bayern ist dabei am Eifrigsten – die meisten Betroffenen der Sammelabschiebungen werden von den bayerischen Behörden ausgewählt.

Doch eins muss klar sein: Allen beteiligten – ob Politiker*innen, Mitarbeiter*innen der entscheidenden Ministerien oder Behörden oder den Polizist*innen ist die katastrophale Sicherheitslage in Afghanistan bekannt. Ebenso ist bekannt, dass bereits eine Million Menschen als Binnenflüchtlinge in Afghanistan heimatlos sind und die ökonomische Lage der Mehrheit der Menschen dort absolut prekär ist. Auch der rassistische Mob auf der Straße und in den sozialen Netzwerken, der Abschiebungen nach Afghanistan fordert weiß es.

Nur: Es ist ALLEN egal.

Politiker*innen und breite Teile der Gesellschaft nehmen die Lebensgefahr für die Abgeschobenen bewusst und eiskalt in Kauf –um populistischen Forderungen zu entsprechen.

Selbst die Einschränkung der Abschiebung auf sogenannte Straftäter, terroristische Gefährder und Personen, die sich hartnäckig der Identitätsfeststellung entziehen würden, hoben die Behörden diesen Sommer wieder auf – mit katastrophalen Folgen. Mit Horst Seehofer, der seit März im Innenministerium sitzt, erreichte die Abschiebepolitik nach Afghanistan einen neuen zynischen

Höhepunkt: Er äußerte seine Freude darüber, dass an seinem 69. Geburtstag 69 Menschen nach Afghanistan abgeschoben wurden.

Wir als Karawane München verurteilen die Entscheidung der Bundesregierung und der beteiligten Bundesländer, Menschen nach Afghanistan abzuschieben.

Aber wir kritisieren nicht nur die Abschiebungen nach Afghanistan, sondern die gesamte Asylpolitik.

Die konservativ geführten Regierungen der letzten Jahre verschärfen kontinuierlich das Asylrecht. Und dabei spielen die Politiker*innen der CSU eine große Rolle. Denn seit Jahren können sich rassistische Hardliner wie Seehofer oder Herrmann mit immer neuen Forderungen und Gesetzesveränderungen durchsetzen.

Mit 25 Novellen in der Asylgesetzgebung hat sich die Lage für Geflüchtete Menschen in Deutschland seit 2015 deutlich verschlechtert – am dramatischsten durch die Ausweitung der Liste sog. Sicherer Herkunftsstaaten und der Einführung von Sammellagern in Bayern, die unter dem Konzept Anker-Zentrum nun bundesweite Blaupause für die Unterbringung von Geflüchteten mit angeblich schlechter Bleibeperspektive sind. Diese Lager sind Abschiebelager! Dort gibt es keine Rechte für Menschen, die in Deutschland Schutz suchen!

Für die CSU scheint es in der Flüchtlingspolitik keine Tabus mehr zu geben. Joachim Hermann träumt bereits davon, auch nach Syrien wieder abzuschieben.

Wir stellen uns gegen jede Abschiebung! Wir wollen und werden uns nicht damit abfinden, dass Menschen zurück in Terror, Krieg, Unterdrückung und Elend geschickt werden.

Wir fordern einen radikal anderen Umgang mit Flucht und Migration in Deutschland! Wir verlangen eine menschenwürdige Asylpolitik!

Wir fordern:

Sichere und legale Einreisemöglichkeiten!

Schluss damit, dass Gesetzgeber und Richter*innen Seenotrettung kriminalisieren! Wir sind für eine effektive Seenotrettung, damit niemand mehr im Mittelmeer sterben muss!

Wir fordern:

Schluss mit der Unterbringung in überfüllten Sammellagern ohne Privatsphäre und Schutzraum, Schluss mit Abschreckung und ständiger Angst vor Abschiebung - Bleiberecht statt Ankerzentrum!

Und am eindringlichsten fordern wir hier heute:

Keine Abschiebungen, nicht nach Afghanistan und nirgendwo hin!